

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 25. Ratssitzung vom 5. Dezember 2018

659. 2018/159 Motion der FDP- und CVP-Fraktion vom 18.04.2018: Erarbeitung einer Strategie für ein «flexibles Einheitsschulhaus»

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Michael Schmid (FDP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3980/2018): *Die Debatte über die «Züri Modular»-Pavillons, die wir vor einigen Wochen hier führten, zeigte einmal mehr, dass der Handlungsbedarf in Bezug auf Schulhausbauten hier unbestritten ist. Das wird auch in der stadträtlichen Antwort bestätigt. Schulhäuser sind Zweckbauten. Das Schulhaus muss nicht für jeden Bau neu erfunden werden. Die stadträtliche Antwort vermittelt aber den Eindruck, dass die unbestrittenen städtebaulichen Anliegen im gesamten Prozess der Planung des Erstellens von Schulhäusern übergewichtet werden und teilweise überkandidelt sind. Wir befinden uns nicht mehr in der Gründerzeit, in der auf grünen Wiesen Schulhausbauten erstellt werden konnten. Aber das Studieren der stadträtlichen Argumente gegen die Motion zeigt, dass der Städtebau in der Abwägung gegenüber der Nutzerinteressen und gegenüber der Dringlichkeit, neue Schulhäuser jetzt zu schaffen, zu stark überwiegt. Das Hochbaudepartement stellt offensichtlich zu hohe Anliegen an den Planungs- und Umsetzungsprozess. So sollen Schulhäuser nicht lediglich ihren Nutzungszweck erfüllen, sondern die Stadt erst schaffen. In Bezug auf den finanziellen Nutzen und auf die zeitliche Einsparung gehen unsere Erwartungen und die des Stadtrats auseinander. Immerhin wird deutlich zugestanden, dass unser Vorschlag zu finanziellen und zeitlichen Einsparungen führen würde. Wir fordern deutlich ein flexibles Einheitsschulhaus, natürlich muss aber auf das Umfeld Rücksicht genommen werden. Es kann nicht sein, dass bei jedem Projekt das Schulhaus oder sogar die Schule an sich neu erfunden werden müssen. Wir sind mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Das Ziel des Vorstosses ist, dass wir effizienter und günstiger Zweckbauten erstellen können. Dabei muss auf das städtebauliche Umfeld Rücksicht genommen werden. Ein Teilbereich findet bereits in einem Einheitsschulhaus statt: die «Züri Modular»-Pavillons. Momentan bestehen davon 65. Diese Zahl wird bis auf etwa 90 steigen, bevor die ZM-Pavillons wieder abgebaut werden können. Bei regulären Schulhäusern bauen wir tatsächlich teilweise zu teuer. Es gibt aber eine grosse Anzahl von Beschränkungen und Auflagen, die berücksichtigt werden müssen. Es gibt zonenrechtliche Probleme, die uns einschneidend beschränken. Möglichkeiten, eine Standardisierung voranzutreiben, sehe ich vor allem bei der Dichte, indem polyvalente und*

Mehrfachnutzungen vorangetrieben werden. Das steht in Planung. Wenn etwa der Betreuungsbereich ausgebaut wird, kann die Mehrfachnutzung der Schulräume besser vorangetrieben werden. Es handelt sich dabei um ein langfristiges Programm. Es entstehen momentan viele Ersatzbauten und Erweiterungen. Dort ist eine Standardisierung nur teilweise möglich. Für die nächsten fünfzehn Jahre sind es nur wenige Schulhäuser, die ganz neu gebaut werden. Vom Vorstoss betroffen sind die ZM-Pavillons und die neuen Schulhäuser. Dort ist es unsere Aufgabe, dass die Standardisierung weiter vorangetrieben wird und dass auch die Mehrfachnutzung und die zusätzliche Verdichtung in den Schulhäusern vorangetrieben werden. Es handelt sich um eine komplexe Angelegenheit, weil sehr viele neue Bedürfnisse entstehen – mit dem Lehrplan 21, der Betreuung, den Mittagstischen und der Nachmittagsbetreuung. Eine Standardisierung ist also nur teilweise möglich. Wir müssen effizienter werden. Das heisst aber nicht, dass wir sparen, sondern dass wir das Geld besser investieren müssen. Die Effizienz muss auch in den Schulraum eingebracht werden.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Bezüglich Schulraum haben die Grünen folgende Vision. Wir befinden uns im Jahr 2030. Auf den Schulanlagen der Stadt Zürich stehen nur noch sieben ZM-Pavillons. Ihre Anzahl hat im Jahr 2025 das Maximum erreicht. Damals standen hundert Pavillons auf den Pausenplätzen oder Spielwiesen. Dank der neuen Strategie, die seit dem Jahr 2020 verfolgt wurde, sank ihre Anzahl rapide: Neue Schulhäuser wurden schneller und höher gebaut. Beispielsweise wurde das neue Schulhaus Freilager ein Stockwerk höher gebaut, als ursprünglich geplant. So konnten die drei ZM-Pavillons der benachbarten Schulanlagen zurückgebaut werden. Trotzdem blieben drei Schulzimmer frei. Eines davon wird nun als Ressourcenzimmer für die Begabtenförderung verwendet. Die anderen zwei Schulzimmer wurden mit Lernlandschaften eingerichtet. Dank dem höheren Bau konnten also pädagogische Innovationen umgesetzt werden. In der ganzen Stadt wurde darauf geachtet, dass neue Schulhäuser innert sieben Jahren nach dem Beginn der Planung bezugsbereit waren. Das wurde durch die Straffung sämtlicher Planungs-, Beschluss- und Bauprozesse bei der Erstellung von Neubauten erreicht. Die neuen Schulhäuser wurden wie bisher individuell projektiert und gebaut. So konnten sowohl die Bedürfnisse der Schule als auch die der Quartierbevölkerung erfüllt werden. Die Schule ist gut lokal verankert, beispielsweise durch Schwimmanlagen, die ausserhalb der Schulzeit von der Quartierbevölkerung genutzt werden können. Im Jahr 2020 lancierte der Stadtrat eine Verdichtungsoffensive. Seit dann wird auf bestehenden Schulanlagen das Verdichtungspotenzial konsequent genutzt. Bestehende Bauten wurden aufgestockt oder erweitert, wobei das Grünvolumen erhalten oder gar erhöht wurde, während eng mit der Denkmalpflege zusammengearbeitet wurde. Sie bot ihre Hand zu guten Lösungen und war sogar bereit, einige Schulhäuser aus dem Inventar der Denkmalpflege zu entlassen. Die Stadt verfügte so über den notwendigen Handlungsspielraum. Durch die Offensive zur Verdichtung auf Schulanlagen gewann die Stadt so viel Schulraum, dass die ZM-Pavillons überflüssig wurden. Die meisten wurden bereits abgebaut und eingelagert, während einige ins Ausland verkauft wurden. Die Denkmalpflege will die wenigen verbleibenden Pavillons als Zeitzeugen ins Inventar der schützenswerten Bauten aufnehmen. Weil die Grünen diese Vision verwirklichen wollen, lehnen wir den Vorstoss für ein «Züri Modular»-Schulhaus sowohl als Motion als auch als Postulat ab.

Roger Bartholdi (SVP): Der Vorstoss fordert zwei Punkte. Der erste Punkt ist im Gemeinderat unbestritten: Es geht zu lange, bis ein Schulhaus fertiggestellt wird. Die Planungs- und Bauzeit sollte durchschnittlich auf fünf Jahre reduziert werden. Dass es durchschnittlich fünf Jahre sein sollen, befürworte ich: Es gibt zwar Schulhäuser, die komplexer sind und deren Erstellung darum länger dauert, schliesslich sollen aber auch Schulhäuser entstehen, deren Erstellung weniger als fünf Jahre dauert. Wichtig ist, dass die Schulhäuser am Ende für die Benutzerinnen und Benutzer stimmen und dass neue Schulhäuser schnell entstehen, damit die Kinder möglichst in den Schulhäusern und nicht mehr in den Pavillons untergebracht werden können. Beim zweiten Punkt, den Kosten, kann man unterschiedlicher Meinung sein. Wenn ein Grundplan für ein Schulhaus erstellt wird, der viele der Anforderungen an verschiedenen Standorten erfüllen kann, werden damit nicht nur Kosten gespart, sondern auch eine schnellere Erstellungszeit ermöglicht, was alle befürworten. Darum unterstützt die SVP-Fraktion den Vorstoss.

Walter Angst (AL): Die verfügbaren Pläne schliessen leider das Eintreten der beschriebenen Vision der Grünen aus. Der Stadtrat ist immer noch nicht zur Landsicherung bereit, was zu hochverdichteten Schulhäusern führt. Auch werden die Pavillons noch im Jahr 2030 voll sein. Der Vorstoss besteht aus drei Teilen: erstens das flexible Einheitsschulhaus, zweitens die durchschnittlichen fünf Jahre und drittens die Kostenreduzierung um einen Drittel. Laut dem Stadtrat kann keiner dieser drei Vorschläge erfüllt werden. Allenfalls kann vermehrt modular und standardisiert gebaut werden. Einheitschulhäuser können auf dem freien Land entstehen, nicht in der unebenen Stadt, in der stets die benachbarten Häuser berücksichtigt werden müssen. Der reduzierten Planungs- und Bauzeit kann entgegengekommen werden. Die Kostenreduktion um einen Drittel ist aber schlichtweg nicht möglich. Wir lehnen diesen unpräzisen Auftrag an den Stadtrat ab.

Ernst Danner (EVP): Von den bisherigen Argumenten bin ich vor allem von denen in der stadrätlichen Antwort überzeugt: Aus Nutzerperspektive spreche grundsätzlich nichts gegen ein Einheitsschulhaus. Der Stadtrat schreibt weiter: «Die Raumprogramme und Betriebskonzepte neuer Schulen sind bereits heute zu weiten Teilen standardisiert». Das spricht für die geforderte Standardisierung. Die Argumente dagegen lauten, dass das Bauen in der Stadt Zürich schwierig sei, weil überall Abweichungen bestehen. Die Topografie der Stadt ist nicht, wie das Walter Angst (AL) formulierte, fundamental anders als in der restlichen Welt. Wenn an einem Ort Einheitsschulhäuser gebaut werden können, ist das in Zürich genauso gut möglich, wie in New York. Die Problematik liegt an einem anderen Ort. In der Schweiz besteht die Vorstellung, dass jedes Gebäude einer architektonischen Singularität entsprechen sollte. In England oder Nordamerika werden Häuser aus dem Katalog ausgewählt. Warum sollte das für Schulhausbauten in der Stadt nicht ebenfalls möglich sein? Das ist schliesslich auch kostengünstiger. Darum bin ich erstaunt, dass der Vorstoss keine breitere Unterstützung erhält.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Das Einheitsschulhaus ist keine neue Idee. In den letzten Jahren diskutierten wir bereits verschiedentlich über einen solchen Vorschlag. Es war stets bekannt, dass das nicht den Wünschen entsprechend funktionieren kann, wie es

der Stadtrat nachvollziehbar in seiner Antwort ausführt. Aufgrund der räumlichen Gegebenheiten ist ein Einheitsschulhaus den Verhältnissen von Zürich nicht angemessen. Wenn dieser Punkt gestrichen würde, bleibt das Anliegen der Beschleunigung und das der Kostenkontrolle. Verschiedentlich wurde beides bereits angewendet. Es ist unstrittig, dass Prozesse bereits aufgegleist wurden, die eine solche Beschleunigung bewirken können. Der Vorstoss würde somit nichts Neues bewirken. Auch in der kommenden Budgetdebatte soll wiederum ein Vorstoss behandelt werden, der das zusätzlich unterstreicht. Die SP-Fraktion sieht keinen Mehrwert dieses Vorstosses im Vergleich zur Illusion der Möglichkeit des Einheitsschulhauses in der Stadt. Darum lehnen wir den Vorstoss ab.

Isabel Garcia (GLP): *Die GLP stimmt dem Vorstoss als Postulat zu, da wir mit der Stossrichtung einverstanden sind, auch wenn wir nicht mit jedem Detail vollständig übereinstimmen.*

Marcel Müller (FDP): *Der Entstehung des Vorstosses liegt eine bestimmte Vorstellung zugrunde. Wir besuchten das Lycée Français in Stettbach. Die private Schule unterliegt zwar nicht denselben Bedingungen, weshalb wir die Rahmenbedingungen nicht hart formulierten. Vom Moment des Landkaufs bis zum Moment, bis die ersten Schülerinnen und Schüler die Schule besuchten, vergingen drei Jahre. Der Bau wurde für unseren Geschmack ein wenig spartanisch, aber funktional erstellt. Die Technik beispielsweise ist offen, was einem Bildungseffekt hat und günstiger ist. Dieses Beispiel zeigt die Machbarkeit auf. Vor allem ist die vorgeschlagene Zeitreduktion auf die Hälfte der Zeit sicherlich machbar. Unsere Vision ist eine Angleichung zu dem, was beispielsweise diese private Schule verwirklichte. Vergleicht man sie mit dem, was heute in Zürich Praxis ist, erkennt man, dass diese völlig übertrieben ist. Mit einem modularen Einheitsschulhaus meinen wir, dass gewisse Elemente im Schulhaus immer wieder vorkommen. Diese können übernommen und müssen nicht stets neu geplant werden. Zudem gibt es auch andere Modelle des Architekturwettbewerbs. So könnten beispielsweise drei Architekten bestimmt werden, die die Schulhäuser bauen. Auch können dabei die Schulhäuser den Quartieren angepasst werden.*

Michael Schmid (FDP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2018/475 (statt Motion GR Nr. 2018/159, Umwandlung) wird mit 52 gegen 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat